

<b>Einreichender</b> Fraktion DIE LINKE	<b>Datum</b> 22.10.2023
<b>Betreff</b> Ferienaustauschprogramm mit Partnergemeinde Borchten	
<b>Beschlussvorschlag zum Prüfauftrag</b> Der Bürgermeister wird beauftragt, in Vorbereitung auf die Feriensaison 2024 mit unserer Partnergemeinde Borchten in Nordrhein-Westfalen alle Möglichkeiten eines Ferienaustausches zu eruieren. Dabei soll Kindern und Jugendlichen beider Gemeinden die Möglichkeit eines Urlaubsaufenthaltes außerhalb der eigenen Gemeinde gegeben werden. Verschiedene Unterbringungsvarianten, wie in den Räumlichkeiten des Hortes oder in Familien sollen dabei Berücksichtigung finden. Dieser Antrag bezieht sich zunächst auf die Altersgruppe Grundschule, kann aber in den Gesprächen auch durchaus auch auf Varianten des Schüleraustausches mit berufsorientierenden Veranstaltungen u.ä. ausgeweitet werden. Eine derartige Maßnahme füllt die Partnerschaft mit Leben für zumindest Teile der Einwohnerschaft. Sie kann und soll zur Intensivierung der Kontakte, somit zur Belebung des kulturellen Lebens in den Gemeinden und ggf. Vorbild für weitere gemeinsame Projekte dienen. Über den Sachstand der Gespräche ist den Fachausschüssen in den Februar-Sitzungen zu berichten und ggf. bereits zu beraten. Vorsorglich ist in den Haushalt 2024 ein Unterstützungsbetrag von 1500 € (ggf. für Bus) einzuplanen.	
<b>Begründung/ Erklärung</b> Eine Partnerschaft ist die gemeinschaftliche Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Gruppierungen, Organisationen oder politischen Einrichtungen, die auf mehreren Ebenen wirken kann. Um diese bestmöglich zu leben, müssen stetig Kontakte gepflegt und neue Projekte initiiert werden. Eine Möglichkeit bietet ein Ferienaustausch. Die Kinder und Jugendlichen aus Borchten können unsere schöne Gemeinde und die Nähe zu Berlin erleben und beleben perspektivisch dadurch auch den Tourismus. Umgekehrt kann Kindern und Jugendlichen unserer Gemeinde (trotz der angespannten finanziellen Lage in einigen Familien) ein Urlaubserlebnis geschaffen werden. Auswahlkriterien für die Teilnehmer*innen müssen im BSK-Ausschuss in Abstimmung mit dem Finanzausschuss unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Verwaltung beraten werden. Gute Mundpropaganda ist oft wirkungsvoller als professionelle Werbung. Einige Umsetzungsideen bzw. Möglichkeiten sind in der Anlage aufgeführt.	
<b>Finanzierungsvorschlag</b> Die Kosten der Fahrt sind grundsätzlich von den Eltern der Teilnehmenden zu tragen, jedoch sollte über die Unterstützung durch Übernahme der Fahrtkosten nachgedacht werden. Dabei handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe, das Limit ist noch nicht ausgeschöpft.	
<b>Anlagen</b> keine	

Unterschrift Antragsteller\*in

